



NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche 29. Sitzung des Stadtrates

Datum: 29.11.2022

Beginn: 19:00 Uhr

Ort: Sitzungssaal des Rathauses

Ende: 19:59 Uhr

Anwesend:

Erster Bürgermeister

Seidl, Norbert

Zweiter Bürgermeister

Sengl, Manfred, Dr.

Dritter Bürgermeister

Hofschuster, Thomas

Mitglieder des Stadtrates

Arnold, Anja

Dirnberger, Dominik

Ehm, Rosmarie

Ehrensberger, Josef

Gigliotti, Gisella

Heil, Thorsten

Hoiß, Günter

Honold, Jürgen

Horn, Gudrun, Dr.

Kamleiter, Karin

Keil, Max

Knürr, Hans

Koch, Martin

Leone, Jean-Marie

Matthes, Sigrun, Dr.

Olschowsky, Christian

Olschowsky, Claudia
Peukert, Michael
Ponn, Barbara
Salcher, Thomas
Schneider, Dominik
Sippel, Dorothea
von Hagen, Michaela
Winberger, Lydia
Wirth, Wolfgang
Wuschig, Wolfgang
Zöller, Rainer

Berufsmäßige Stadträte

Heitmeir, Harald
Tönjes, Jens

Schriftführer/in

Mehner, Antonia

Verwaltung

Ameri, Andre

Abwesende und entschuldigte Personen:

Mitglieder des Stadtrates

Genzel, Rebecca

Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung

TOP 1	Eröffnung der Sitzung und Genehmigung der Niederschriften	
TOP 2	Aktuelle Viertelstunde	
TOP 3	Bekanntgaben des Ersten Bürgermeisters	
TOP 4	Erlass der Satzung über die städtischen Beiräte	2022/0074
TOP 5	Ausweitung des Sirennetzes zur Bevölkerungswarnung in Puchheim	2022/0150
TOP 6	Mitteilungen und Anfragen	

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Genehmigung der Niederschriften

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden. Nachfolgend stellte er die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Die Stadträtin Genzel sei entschuldigt. Stadtrat Hoiß bat um Berichtigung der genannten Höhe des Bußgeldes in TOP 4 „Erlass einer neuen Satzung über das Verbot der Zweckentfremdung“ von 5000.000 auf 500.000 der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 25.10.2022. Mit dieser Änderung wurde die Niederschrift genehmigt. Einwände gegen die Tagesordnung gab es keine.

TOP 2 Aktuelle Viertelstunde

In der aktuellen Viertelstunde wünschte der Vorsitzende des Seniorenbeirats Dr. Karl-Heinz Türkner eine schöne Adventszeit und ein gutes neues Jahr. Erster Bürgermeister Norbert Seidl bedankte sich für die gute Zusammenarbeit mit den Beiräten.

TOP 3 Bekanntgaben des Ersten Bürgermeisters

Der Erste Bürgermeister berichtete, dass der Verkehrsausschuss des Bayerischen Landtages den beiden Petitionen zum barrierefreien Ausbau einiger S-Bahnhöfe entlang der S4 einschließlich des Bahnhofs Puchheim zugestimmt habe und diese an das Staatsministerium weiterleite. Ebenfalls wurde bekanntgegeben, dass eine Aufsuchungserlaubnis für Geothermie nach dem Bundesberggesetz erteilt worden sei, die einen kleinen Teil des Puchheimer Stadtgebiets betreffe. Zweiter Bürgermeister Dr. Manfred Sengl gab bekannt, dass in der Angelegenheit Greensill die Kommunalaufsicht nach Abschluss einer umfangreichen Prüfung zu dem Ergebnis gekommen sei, dass eine disziplinarrechtliche Verfolgung gegenüber Erstem Bürgermeister Norbert Seidl nicht veranlasst und gerechtfertigt sei.

TOP 4 Erlass der Satzung über die städtischen Beiräte

Der Vorsitzende übergab das Wort an Herrn Tönjes. Dieser erläuterte die Gründe für die Notwendigkeit einer vereinheitlichten Satzung für alle städtischen Beiräte und Hintergründe zum bisherigen Schaffungsprozess. Dabei habe auch der geplante Familienbeirat eine Rolle gespielt. Zur Ausgestaltung hätten alle Beiräte gemeinsam mit der Verwaltung in Vorgesprächen und Stellungnahmen gemeinsam gearbeitet. Dabei seien einige Kompromisse erforderlich gewesen, das Ergebnis sei jedoch

zufriedenstellend. Weiter bezog er Stellung zu zwei Punkten, die sich die Beiräte gewünscht hätten. Zum einen wünsche sich der Seniorenbeirat eine Wahl durch eine Wahlversammlung. Dies sei bisher jedoch eine exklusive Regelung für den Seniorenbeirat weshalb sich die Frage des Mehrwertes einer solchen Regelung stelle. In der Vergangenheit sei die Beteiligung an jenen Wahlversammlungen nicht repräsentativ für die Stadt Puchheim gewesen. Ein weiterer streitiger Punkt sei die bisherige Vertreter:innenregelung in der Satzung des Umweltbeirates gewesen, die in der neuen Satzung wegfallen würde. Auch hier handle es sich um eine Exklusivregelung, welche einer Vereinheitlichung entgegenstünde. Stadtrat Leone merkte an, dass ein Beschluss über den Familienbeirat erfolgen hätte sollen, bevor die Satzung beschlossen werde. Stadträtin von Hagen kritisierte das Wahlvorgehen, welches in § 4 Abs. 3 des Satzungsentwurfs geregelt ist. Es sei schwierig, in Anwesenheit der Öffentlichkeit über Personen zu entscheiden und zu diskutieren. Stadtrat Wuschig erläuterte, dass er keine Notwendigkeit für die Streichung der Vertreter:innenregelung sowie die Verminderung der Zahl an freien Bürger:innen im Umweltbeirat sehe. Diese seien eine Bereicherung des Gremiums durch Kompetenzbeiträge und deren kontinuierliches Erscheinen bei den Sitzungen. Stadträtin Arnold bedauerte ebenfalls den Wegfall der freien Bürger:innen, sah aber auch die Gründe der Verwaltung. Zusätzlich wünsche sie sich eine Frist, in welcher Vorschläge und Anregungen aus dem Umweltbeirat von der Verwaltung beantwortet werden müssten. Stadträtin Olschowsky würdigte die Annahme des Vorschlags zur Weiterführung der Altersgrenze bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres als Eintrittsalter für den Jugendbeirat und wies darauf hin, dass der Satzungsentwurf und die Beschlussvorlage voneinander abwichen. Stadtrat Koch dankte der Verwaltung für die geleistete Vorarbeit zur Vereinheitlichung der Satzung. Er stimmte Stadtrat Leone zu, dass ein eigener Tagesordnungspunkt zur Schaffung eines Familienbeirates gut gewesen wäre, man jedoch auch nun die Möglichkeit habe, darüber zu sprechen. Er brachte seine Freude darüber zum Ausdruck, dass nun letztlich der Familienbeirat finalisiert einberufen werde. Stadträtin Ponn richtete ihre Worte an die Beiräte und erklärte, dass zwar das Antragsrecht in der neuen Satzung aufgrund der Vereinheitlichung wegfalle, jedoch die Stadtratsmitglieder weiterhin als Sprachrohr fungieren können und dementsprechend Anträge an die Verwaltung weitergeben könnten. Der Vorsitzende bezog Stellung zu allen genannten Punkten. Die öffentliche Wahl sehe er als wichtig, um Transparenz zu schaffen, man sei in der Ausgestaltung des Verfahrens jedoch relativ frei und könne bestimmte Diskussionen auch im nichtöffentlichen Teil stattfinden lassen. Weiter stimmte er zu, dass es einen eigenen Tagesordnungspunkt zum Familienbeirat hätte geben können, er erwähnte aber auch, dass der Empfehlungsbeschluss durch den Sozialausschuss vorangegangen sei. Zur Verringerung der Zahl der freien Bürger entgegnete er, dass es sich um öffentliche Sitzungen handle und dementsprechend weiterhin Input von Gästen gegeben könne. Dass Beiräte kein Antragsrecht hätten, sei kommunalrechtlich bedingt, aber auch er betonte nochmals, dass man sich jederzeit an Stadtratsmitglieder, Referent:innen oder die Verwaltung wenden könne. Herr Tönjes ergänzte,

dass er gerne in § 2 Abs 2 im letzten Satz das Wort „zeitnah“ einzufügen würde, sodass eben Stellungnahmen der Verwaltung zeitnah an die Beiräte erfolgen müssten. Weiter habe er in der neuesten Fassung des Satzungsentwurfs als Beginn der ersten Amtsperiode des Familienbeirats den 01.05.2023 ergänzt. Stadträtin von Hagen entgegnete auf das Argument des Vorsitzenden zur Transparenz bei Wahlen, dass Personalentscheidungen nichtöffentlich behandelt würden und die Wahl eines Beirates auch eine Personenentscheidung sei, wobei sensible Daten über Personen ausgetauscht würden. Deshalb sehe sie eine Wahl im nichtöffentlichen Teil als gerechtfertigt. Stadtrat Wuschig stellte einen Änderungsantrag.

Beschluss

Der §12 des Satzungsentwurfs wird wie folgt verändert:

- Wiederaufnahme der Vertreter:innenregelung laut der alten Satzung
- Abs. (1) Der Umweltbeirat besteht aus elf Mitgliedern. Er setzt sich zusammen aus
 1. je einer von einer örtlichen Gliederung der nachfolgenden Vereine vorgeschlagenen Person:
 - a) Bund Naturschutz in Bayern e. V. (BN)
 - b) Landesbund für Vogel- und Naturschutz in Bayern e. V. (LBV)
 - c) Allgemeiner Deutscher Fahrradclub, Kreisverband Fürstfeldbruck e. V. (ADFC)
 2. drei Personen, die von den folgenden Vereinen bzw. Verbänden vorgeschlagen werden:
 - a) Bayerischer Bauernverband
 - b) Flurbereinigungsgenossenschaft
 - c) Verein für Gartenbau und Landespflege Puchheim e. V.
 - d) Obst- und Gartenbauverein Puchheim-Ort e. V.
 - e) Kleingartenverein Puchheim e. V.
 - f) Krautgartenverein „Puchheimer Wühlmäuse“ e. V.
 - g) Wasserverband Gröbenbach
 - h) Wasserbeschaffungsverband Puchheim-Ort
 - i) Sportfischerverein Puchheim e. V.
 3. fünf weiteren Personen, die sich im Rahmen der öffentlichen Ausschreibung für die Mitgliedschaft im Umweltbeirat bewerben.

Abstimmungsergebnis: Ja 29 Nein 1 Anwesend 30 Befangen 0

Der Vorsitzende vertagte die Abstimmung auf die nächste Stadtratssitzung um Vollständigkeit und Richtigkeit des ergänzten Satzungsentwurfs zu gewährleisten.

TOP 5 Ausweitung des Sirennetzes zur Bevölkerungswarnung in Puchheim

Der Vorsitzende übergab das Wort an den Referenten für Feuerwehr und öffentliche Sicherheit Stadtrat Hoiß. Der Tagesordnungspunkt sei im Ausschuss für öffentliche Sicherheit schon umfangreich vorberaten worden. Er erläuterte kurz die Hintergründe, die zur Entscheidung der zweiten Variante geführt hätten. Der ausschlaggebende Vorteil sei hier die Möglichkeit per Mikrofon Sprachmitteilungen an die Bevölkerung durchzugeben sowie die Ausstattung mit einer Sirene mehr als in der Version 1. Der Vorsitzende bat Herrn Ameri aus der Verwaltung um Stellungnahme zu den Fördermitteln. Dieser erläuterte Hintergründe zum Sonderförderprogramm Sirenen. Es sei schnell ausgeschöpft gewesen, man sei jedoch optimistisch bezüglich der Gespräche mit der Förderstelle. Deshalb sei jedoch der Passus im Beschlussvorschlag aufgenommen worden, dass nur bei Inanspruchnahme möglicher staatlicher Zuwendungen die Beschaffung vorgenommen werde. Andernfalls müsse der Stadtrat erneut einen Beschluss fassen. Stadtrat Wuschig sprach sich für Variante 1 aus, um Geld einzusparen. Weiter sei ihm aufgefallen, dass je nach Standort weitere Anschaffungen an Funkgeräten nötig seien, was zu weiteren Kosten führen werde. Stadträtin Gigliotti erwiderte, dass bei der öffentlichen Sicherheit nicht gespart werden sollte. Weiter erkundigte sie sich nach dem nächsten Ausschuss für öffentliche Sicherheit und fragte, ob man die Sitzung vorziehen könnte. Der Vorsitzende antwortete, dass man den Tagesordnungspunkt jederzeit frühzeitig im Stadtrat behandeln könne.

Beschluss

Der Stadtrat spricht sich für Version 2 der Schallpegelplanung aus und beauftragt den Ersten Bürgermeister mit der Beschaffung des Warnsystems für das Stadtgebiet unter Inanspruchnahme möglicher staatlicher Zuwendungen.

Abstimmungsergebnis: Ja 27 Nein 3 Anwesend 30 Befangen 0

TOP 6 Mitteilungen und Anfragen

Stadtrat Knürr kritisierte einen Zeitungsartikel im Tagblatt über Firmenwegzug und rare Flächen in Puchheim. Es handle sich bei den Firmenwegzügen größtenteils um firmeninterne Entscheidungen, bei welchen die Stadt keine Einflüsse habe. Er sehe es nun als oberstes Ziel, den Flächennutzungsplan fortzuführen. Stadträtin Ponn lud zu den Seniorenweihnachtsfeiern am 6. und 7. Dezember im Puchheimer Kulturzentrum PUC ein. Weiter lud Stadträtin Dr. Horn zum Internationalen Tag der Menschen mit Behinderung 2022 am 3. Dezember ebenso in das Puchheimer Kulturzentrum PUC ein.

Der Vorsitzende beendete die öffentliche 29. Sitzung des Stadtrates um 19:59 Uhr.

Vorsitzender:

Schriftführer/in:

Norbert Seidl
Erster Bürgermeister

Antonia Mehner